

Info-radio Berlin vom 02. November 2010

Interview zum Thema Steuerschätzungen

mit Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB

info-radio Berlin

Der Arbeitskreis Steuerschätzung sitzt ab heute zusammen, zählt das Geld, das reinkommen wird. Am Donnerstag wollen die Steuerschätzer dann kundtun, wie viel Einnahmen dann Bund, Länder und Kommunen in diesem und den nächsten Jahren zu erwarten haben. Schon im Vorfeld frohlockten die Finanzexperten, die Steuereinnahmen würden rasant steigen. Aber, was bringt das den Kommunen? Ich habe darüber mit Gerd Landsberg gesprochen, dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Die Gewerbesteuer, die ist wichtig für die Kommunen, die Einnahmen daraus steigen in diesem Jahr ordentlich. Merken die Kommunen das?

Dr. Landsberg

Also noch merken die Kommunen das nicht. Sicher ist, dass sich die Gewerbesteuer stabilisiert. Sicher ist auch, dass die Steuerschätzer zu einem sehr positiven Ergebnis kommen, aber genauso sicher ist, dass das den Kommunen nicht das bringen wird, was wir uns erhoffen. Das kann man ein bisschen vorrechnen. Es gilt die Faustformel: Wenn Sie ein Prozent mehr Wachstum haben als erwartet, bringt das Bund, Ländern und Kommunen – also dem Staat – etwa 6 Milliarden. Wir haben ja jetzt wahrscheinlich 3,5 Prozent Wachstum. Prognostiziert waren aber nur 1,5 Prozent, d. h. das sind 2 Prozent mehr. Dann sind Sie bei 12 Milliarden mehr Steuereinnahmen. Und da muss man sehen, wie viel bekommen denn davon die Kommunen. Die Gewerbesteuer ist natürlich eine wichtige Steuer, die entwickelt sich positiv. Aber besonders gut sprudelt die so genannte Körperschaftsteuer, die die Unternehmen bezahlen und da sind wir gar nicht beteiligt. Also an diesen 12 Milliarden sind wir mit etwa 12 bis 15 Prozent beteiligt. Das ist natürlich auch eine Menge Geld. Nur man muss auch auf der anderen Seite sehen, dass wir eben ein Defizit voraussichtlich in zweistelliger Milliardenhöhe haben. Weil uns eben die Sozialkosten immer weiter davon laufen. Und daran ändert bedauerlicherweise dieser schöne Wirtschaftsaufschwung auch nichts.

info-radio Berlin

Die Leistungen an die Bedürftigen sind ja durch die Gesetze des Bundes festgeschrieben. Aber wenn jetzt der Arbeitsmarkt, wenn sich der erholt, ist das nicht automatisch auch so, dass dann die Sozialausgaben sinken werden? Das haben wir in den letzten Jahren auch beobachtet immer wenn es auf und ab ging?

Dr. Landsberg

Das ist richtig. Wir haben ehrlich gesagt ja noch eine ganz andere Arbeitslosenquote erwartet, die sich dann natürlich auch bei den Unterkunftskosten, die wir finanzieren, entsprechend ausgewirkt hat. Aber man muss auch sehen, dass wir teilweise Sozialkosten finanzieren, die mit der Arbeitslosigkeit gar nichts zu tun haben. Ich möchte gerne ein Beispiel nennen: Die Kommunen finanzieren die so genannte Grundsicherung im Alter. Das heißt, wenn ein Mensch mit 65 praktisch nur so wenig Rente hat, dass er nur Sozialhilfeniveau hätte, dann wird das aufgestockt um 25 Prozent. Das hat mit dem Arbeitsmarkt nichts zu tun. Im letzten Jahr allein betrug dieser Punkt 3,9 Milliarden für die Kommunen. Es gibt einen zweiten großen Block,

der ebenfalls vom Wirtschaftsboom nicht profitiert, das ist die Eingliederungshilfe für Behinderte. Das waren im letzten Jahr über 10 Milliarden. Und da löst eben die Konjunktur das Problem nicht und deswegen sagen wir, diese Kosten, da müssen wir entlastet werden, da muss ein Teil der Bund übernehmen. Es besteht also aus unserer Sicht zwar eine positive Sicht auf die Steuereinnahmen, das finden wir auch gut, aber es löst unsere strukturelle Unterfinanzierung nicht, weil wir Aufgaben finanzieren, für die wir eigentlich nicht zuständig sein sollten.

info-radio Berlin

Diese Klage, die ist natürlich nicht neu. Aber glauben Sie, dass das jetzt mehr Gewicht haben wird oder vielleicht beim Bund auf mehr Resonanz stößt, wenn der selbst auch mehr Einnahmen hat?

Dr. Landsberg

Ich bin eigentlich ganz guter Hoffnung und ein Optimist. Wir sprechen darüber ja in der Gemeindefinanzkommission. Und immerhin hat die Bundeskanzlerin kürzlich mehrfach erklärt, dass es zwei zentrale Herausforderungen gibt: Das ist die Rückführung der Staatsverschuldung und die Finanznot der Kommunen. Ich glaube, dass ist in Berlin erkannt und jeder, der Wahlen gewinnen will – und wir haben ja mehrere Landtagswahlen nächstes Jahr – der weiß natürlich auch, dass die kommunale Basis und das Gefühl der Bürger - läuft das in meiner Stadt gut, wird die Kinderbetreuung besser werden, werden die Schulen besser -, dass das maßgeblich von den Bedingungen abhängt, die Berlin diktiert und ich glaube schon, dass wir dann zu einem Ergebnis kommen. Ich glaube, man kann sich das politisch nicht leisten, das so weiterlaufen zu lassen.

info-radio Berlin

Aber erst einmal schimpfen die Bürger, wenn die Gebühren erhöht werden, natürlich auf ihre Stadtväter und sagen, warum muss das sein. Friedhofsgebühren gehen flott nach oben. Die Kosten für Kindergartenplätze sind nicht gedeckt und nun müssen die Eltern da noch mehr ran, Straßenreinigung, Müllabfuhr. Also das sorgt ja für Ärger und glauben Sie da wirklich, dass die Leute dann erst einmal an die Bundesregierung denken und die abstrafen?

Dr. Landsberg

Ich glaube, dass die Menschen das schon verstanden haben, warum es den Kommunen so schlecht geht. Es ist auch unsere Aufgabe als Deutscher Städte- und Gemeindebund die Zusammenhänge zu erläutern und auch das muss man immer wieder sagen: Die Masse der Gebühren ist nicht annähernd kostendeckend. Wir haben einen hohen Kostendeckungsgrad bei der Abfallbeseitigung und bei der Abwasserbeseitigung. Aber alle anderen Gebühren – Sie haben das Beispiel Kindergartenbeiträge und Kitagebühren genannt – da haben wir einen durchschnittlichen Deckungsgrad von 12 bis 15 Prozent. Beim Theater von etwa 5 bis 8 Prozent. Es ist also keineswegs so, dass die Kommunen über Gebühren abzocken. Das wird auch schon sozialverträglich vor Ort gemacht. Aber es ist natürlich auch für die Bürger spürbar. Und auch daraus entsteht politischer Druck.

info-radio Berlin

Gerd Landsberg war das, er ist der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Ab heute ermitteln die Steuerschätzer, was Bund, Länder und Kommunen an Einnahmen zu erwarten haben.